

Wandel des politischen Bewußtseins und der Meinungsführerschaft deutscher Studierender?

Befunde des Studierendensurveys 1983 bis 1998

Referat bei der Fachtagung der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung "Politisches Bewußtsein von Studierenden in Hessen 1918 - 1998", am 17. Juni 1998 im Studentenhaus der J. W. Goethe Universität, Frankfurt am Main.

Einführung, Empirie und Problemstellung

Mein Beitrag zum Thema "Wandel des politischen Bewußtseins und der Meinungsführerschaft deutscher Studierender" ist nicht als Vergleich der 98er mit den 68ern angelegt, eine gegenwärtig beliebte Gegenüberstellung. Solcher Magie der Dezennien und Assoziationen will ich nicht folgen, sondern mich auf die Entwicklungen in den letzten fünfzehn Jahren, d.h. von 1983 bis 1998 beschränken.

Der Grund dafür ist einfach. Für diesen Zeitraum der letzten fünfzehn Jahre kann ich meine Ausführungen auf eine spezielle empirische Quelle stützen: die Befunde des Studierendensurveys. Es handelt sich um eine Langzeituntersuchung, bei der seit 1983 von der AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz, der ich angehöre, alle zwei bis drei Jahre etwa 8.000 Studierende an Universitäten und Fachhochschulen mit einem umfangreichen, schriftlichen Fragebogen befragt werden; seit 1993 sind auch Hochschulen und Studierende der neuen Länder einbezogen. Die letzte Erhebung im WS 1997/98 war für die alten Länder bereits die siebte, für die neuen Ländern die dritte Erhebung - eine recht beachtliche Zeitreihe.

Die große Zahl befragter Studierender (bei einer Rücklaufquote von 40 und mehr Prozent) sichert nicht nur eine weitgehende Repräsentativität der Befunde, sondern erlaubt auch manche aufschlußreichen Vergleiche: z.B. zwischen ost- und westdeutschen Studierenden oder zwischen den Angehörigen verschiedener Fächer. Die Zeitreihe ermöglicht zudem, Trends und Veränderungen zu erkennen, bedenkliche Signale zu registrieren, aber auch unzutreffende Unterstellungen zurechtzurücken. Die Befragung im letzten WS 1997/98 ist seit Mitte Mai aufbereitet, steht als Datei zur Verfügung. Die Ankündigung "1983 bis 1998" muß ich etwas einschränken, denn in der kurzen Zeit seitdem waren mir keine differenzierten Analysen für 1998 möglich: Aber einige aktuelle Einblicke, die direkt aus der Werkstatt kommen, waren zu gewinnen, etwa zum Stellenwert der Streiks und Demonstrationen im letzten Winter oder zur Entwicklung der Akzeptanz oder Ablehnung verschiedener politischer Grundrichtungen.

Unsere Untersuchung ist, dem Charakter als Survey entsprechend, weder als qualitative Tiefenanalyse noch als bloße Meinungsumfrage zu verstehen; vielmehr sind unsere Fragen und Vorgaben zumeist bewährte und geprüfte Indikatoren. Für den Bereich des Politischen, der nur einen kleinen Teil des Instru-

menten umfaßt, beziehen sie sich auf das politische Interesse und Engagement, auf die demokratischen Einstellungen, die Präferenzen politischer Richtungen und die Unterstützung oder Ablehnung politischer Ziele, sowie die Urteile zu gesellschaftlichen Verhältnissen wie Ungleichheit, Wettbewerb, Technik und Umwelt bis hin zu alternativen Orientierungen. Es handelt sich zumeist um einen Kranz von Indikatoren verschiedenen Allgemeinheitsgrades, bei denen nicht nur Einstellungen, sondern ebenso Konzepte und Verhaltensweisen, z.B. der Partizipation oder Protestbereitschaft, angesprochen werden.

Anhand der ersten "gesamtdeutschen Erhebung" im WS 1992/93 führten wir eine gesonderte Auswertung durch; deren Veröffentlichung versahen wir in Erinnerung an die klassische Studie "Student und Politik" (durchgeführt Ende der 50er Jahre in Frankfurt von Habermas/Friedeburg/Oehler/Weltz) mit dem Titel, vielleicht etwas anmaßend, "Studierende und Politik im vereinten Deutschland". Ein wichtiger damaliger Befund, der uns heute noch beschäftigen wird, waren deutliche Unterschiede in den politischen Grundhaltungen, Forderungen und Einschätzungen zwischen den Studierenden in den alten und neuen Bundesländern. Manche gegenseitigen Vorbehalte und Distanzierungen waren erkennbar. Die Frage, die sich heute stellt, lautet daher, ob Austausch und Annäherungen eingetreten sind oder ob manche Kluft geblieben ist oder sich gar verstärkt hat.

Befassen wir uns mit dem Wandel des politischen Bewußtseins der Studierenden, haben wir nicht nur die Entwicklungen in ihrem Verlauf (als Anteile und Mittelwerte) einfach nachzuzeichnen, sondern gleichermaßen zu klären, welche Konfliktlinien und Gegensätze, welche Koalitionen und Gegnerschaften, möglicherweise Feindschaften vorhanden sind. Und als zweite Frage: Hat sich die Meinungsführerschaft verlagert? Dabei meint Meinungsführerschaft sowohl dominante Vorstellungsmuster, die sich in ihrer Geltung ausbreiten, als auch den (möglichen) Wechsel von Akteuren und Agenten auf der politischen Bühne, die um den Einfluß ringen. Nach der Skizze zum Wandel des politischen Bewußtseins deutscher Studierender in seinen hauptsächlich Zügen während der letzten fünfzehn Jahre, will ich daher auf diese beiden Fragenkreise der Meinungsführerschaft und Konfliktlinien in der Studentenschaft eingehen; ehe ich abschließend einige Folgerungen ziehe.

I Skizze zum Wandel des politischen Bewußtseins

Politisches Interesse, Partizipation und Engagement auf der einen Seite, politische Richtungen und Positionen auf der anderen Seite bilden gleichsam die Grundkoordinaten politischer Handlungspotentiale: die der politischen Intensität und Energie einerseits, die des politischen Standortes und der Zugehörigkeit andererseits. Hat sich die Lagerung der Studierenden in diesen beiden wichtigen Achsen insgesamt verschoben, und hat sich das Verhältnis der verschiedenen Fachrichtungen zueinander verändert?

(1) Interesse, Partizipation und Engagement

Es ist zwar keine drastische Abnahme des allgemeinen politischen Interesses bei den Studierenden zu konstatieren, gleichsam von hundert auf null. Aber eine deutliche, schleichende Abschwächung ist in den 90er Jahren eingetreten,

die sich auch 1998 weiter fortgesetzt hat. Dennoch können die Studierenden mehrheitlich nicht als apathisch bezeichnet werden. Sie sind überwiegend und noch immer ein relativ aktives und mitgehendes Publikum (eher buhend als applaudierend). Allerdings sind sie viel seltener als früher engagiert oder bewegte Akteure, noch seltener Gladiatoren in der politischen Arena oder Funktionäre in Organisationen und Gremien.

Stark gefallen, vor allem in den 80er Jahren, ist das studentische Interesse an Hochschulpolitik. Noch geringer ist ihr Interesse an "studentischer Politik", einst Malchenzeichen eines selbstbewußten politischen Mandates. Im Zuge der Streiks im letzten Wintersemester erhöhte sich, auch in unseren Befragungen, zwar das Interesse an Hochschulpolitik, geringfügig auch an studentischer Politik, aber das allgemeine politische Interesse blieb gedämpft. Insofern, so ließe sich aus dieser Datenkonstellation schließen, war der Streik und Protest eher ein Strohfeder, nicht in längerfristige politische Engagements eingebunden – und hat sie bei den meisten Studierenden offensichtlich auch nicht ausgelöst. Eine "Politisierung", die über den Tag hinaus für mehr Studierende tragfähig wäre, hat sich (bislang) nicht eingestellt.

Den Studierenden wurde schon immer ein geringer Organisationsgrad und eine spärliche Beteiligung in politischen Organisationen nachgesagt. Politischen Organisationen standen die Studierenden eher mit Mißtrauen bis Abneigung gegenüber, wie bereits die erste empirische Befragung 1947 bei Kölner Studierenden erbrachte und spätere Befragungen, auch der 60er und 70er Jahre, bestätigten. Studierende lassen sich lieber auf Ideen und Bewegungen ein, verbunden mit Betätigungen in informellen Aktionen und Gruppierungen. Deren Bindungskraft ist aber ebenso weitgehend verloren gegangen, so daß durchaus von einem gewissen "politischen Vakuum", was Engagement und Partizipation betrifft, bei den Studierenden gesprochen werden kann. Die offiziellen Hochschulgremien wie auch die allgemeine Studentenvertretung finden kaum noch Resonanz; daran haben auch die Streiks des letzten Winters wenig geändert.

Am häufigsten, und weiterhin zunehmend, engagieren sich die Studierenden in den Fachschaften. Sie stellen für sie einen der seltenen sozialen Kristallisationskerne an den Hochschulen dar, und bilden die Plattform für Aktivitäten, meistens im sozialen und kulturellen, manchmal auch im politischen Bereich.

Wenn wir fachspezifisch genauer nachschauen, sind Unterschiede in den politischen Partizipationsformen bemerkenswert, die sich gehalten haben: In politischen Vereinigungen an den Hochschulen wie in politischen Parteien sind am häufigsten Juristen, gefolgt von den Ökonomen aktiv; dagegen betätigen sich in informellen Aktionsgruppen an den Hochschulen oder in Bürgerinitiativen außerhalb der Hochschulen am ehesten Studierende der Sozialwissenschaften, gefolgt von denen der Geisteswissenschaften.

Die "politische Energie" der Studierenden in den letzteren beiden Fächergruppen der Sozial- und Geisteswissenschaften ist aber deutlich erlahmt, während die der Juristen und Ökonomen nahezu unverändert stark geblieben ist. Dadurch ist eine für das politische Meinungsklima an den Hochschulen entscheidende Verlagerung der politischen Energie im Links-Rechts-Spektrum eingetreten.

(2) Politische Richtungen und Ziele

Welche politischen Positionen vertreten denn die Studierenden? Welche Grundrichtungen, von marxistisch-kommunistisch über grün-alternativ und sozialdemokratisch sowie liberal und christdemokratisch bis hin zu national-konservativ, teilen sie oder lehnen sie ab? Wobei die jeweiligen Anhänger sich in ihren politischen Themen und Zielen deutlich voneinander unterscheiden, ebenso in manchen ihrer demokratischen Einstellungen wie in ihren Urteilen zu den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Diese Zusammenhänge kann ich nicht im einzelnen ausbreiten, aber versichern, daß die eigene Zuordnung der Studierenden zu diesen politischen Grundrichtungen einen hohen Signalwert besitzt. Dazu einige Befunde hinsichtlich der aktuellen Lage.

Viele Studierende sehen sich keiner politischen Richtung zugehörig: in Westdeutschland über ein Viertel (28%), in Ostdeutschland sogar mehr als ein Drittel (38%). Ihre politischen Vorstellungen bleiben diffus und disparat, sind nicht ideell-konzeptuell gebündelt, jedenfalls nicht in den vorgegebenen, gleichsam "traditionellen" Positionen. Weniger als die Hälfte der Studierenden (etwa 40%) bevorzugt eine Richtung, hängt ihr alleine an, ohne andere zu akzeptieren; eine recht eindeutige Zugehörigkeit und Abgrenzung. Schließlich hat ein Viertel der Studierenden stärkere Affinitäten zu den Positionen von zwei oder drei Richtungen. Diese politischen Koalitionen "in einer Brust" sehen in West- und Ostdeutschland allerdings anders aus: im Westen ganz überwiegend rot-grün, d.h. sozialdemokratisch und grün/alternativ (13%); im Osten entweder grün-alternativ und sozialdemokratisch oder kommunistisch und grün-alternativ (jeweils etwa 4%).

Insgesamt stimmen Studierende in Ost- und Westdeutschland am häufigsten mit grün-alternativen und sozialdemokratischen Grundpositionen überein, im Westen noch etwas häufiger (insgesamt 41%, im Osten 32%). Diese Bindung hat sich aber in den letzten Jahren etwas abgeschwächt. Die Zuordnung zu liberalen Grundpositionen hat weiter nachgelassen, nicht zuletzt bei den ostdeutschen Studierenden. Christlich-konservative Positionen haben nach einem gewissen Zulauf (zwischen 1990 und 1993) wieder einen Rückgang zu verzeichnen, in West- wie Ostdeutschland.

Kommunistisch-marxistische Positionen werden von den meisten Studierenden, teilweise vehement, abgelehnt, aber in den neuen Ländern doch von einem größeren Teil mehr oder weniger geteilt, und zwar von etwa einem Viertel der dortigen Studierenden; im Westen stimmt diesen Positionen nicht einmal jeder zehnte Studierende zu. Nach einer Phase der stärkeren Ablehnung Anfang der 90er Jahren, ist diese wieder zurückgegangen und ein gewisses Wiedererstarben der Anhängerschaft ist zu beobachten.

Bis 1995 war eine Zunahme des National-Konservatismus nicht festzustellen. Das hat sich geändert. Die Zurückweisung solcher Positionen hat sich im WS 1997/98 deutlich verringert, die Tolerierung oder teilweise Akzeptanz ist gestiegen. Die positive Zustimmung zur national-konservativen Grundrichtung reicht von vier Prozent bei den westdeutschen Studierenden an Universitäten (Fachhochschulen 6%) bis zu 7 Prozent an den ostdeutschen Fachhochschulen (Universitäten 6%). Die "stille Tolerierung" ist besonders mit 19 Prozent an den ost-

deutschen Fachhochschulen hoch. Im übrigen sind die Männer unter den Studierenden deutlich häufiger Vertreter national-konservativer Haltungen als Studentinnen, sowohl in West wie in Ost, zumal wenn sie die Wehrpflicht bei der Bundeswehr absolviert haben. National-konservative sind (soll ich sagen: erwartungsgemäß) häufiger in Verbindungen zu finden.

Außerdem hat in auffälliger Weise seit 1995 die Zustimmung zu zwei politischen Forderungen zugenommen, die vorher eindeutig als Thema hauptsächlich von rechten und national-konservativen Studierenden besetzt waren, auch in deutlicher Abhebung von christlich-konservativen Studierenden: die "Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern" (als die vielleicht feinere, akademische Variante zur "Ausländer-raus!" Parole) und die "Abwehr von kultureller Überfremdung". Bei den ostdeutschen Studierenden war die Zustimmung zu diesen beiden Forderungen schon früher recht hoch, aber nun wird sie von westdeutschen Studierenden ebenfalls mehr akzeptiert.

(3) Demokratische Einstellungen

In den 70er Jahren hat es eine kontroverse Debatte gegeben zur Frage: Wie links und/ oder demokratisch sind die Studenten? Es ist wohl selbst ein Zeichen des Wandels, daß sich heute diese Frage ganz anders stellt: Wie rechts und/oder undemokratisch sind die Studierenden?

Die beiden fundamentalen Prinzipien der Demokratie, einerseits die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, andererseits die Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, beide Prinzipien finden unter den Studierenden in Ost- und Westdeutschland nahezu einhellige Akzeptanz. Ein wichtiger Grundkonsens bei allen anderweitigen Differenzen, das sei anerkannt.

Aber andere Prinzipien der Demokratie werden von den Studierenden nicht so umfassend akzeptiert und die Unterschiede zwischen den Studierenden in West- und Ostdeutschland sind beachtlich. Mit den pluralen und kritischen, auch kontroversen und konflikthaftern Elementen, wie sie für die westlichen Demokratien typisch sind, damit haben recht viele Studierende, insbesondere aus den neuen Ländern, ihre Schwierigkeiten, das hat sich nur wenig geändert. Das betrifft die kritische Funktion einer Opposition, die plurale Auseinandersetzung verschiedener Interessen oder das Vorrecht von Streiks und Demonstrationen, auch wenn sie Ruhe und Ordnung gefährden könnten. Letzteres ist übrigens eine besonders aufschlußreiche Frage, weil sie die Studierenden gleichsam spaltet: Auf der einen Seite die eher konventionellen Juristen, Ökonomen und Ingenieure, die überwiegend auf Ruhe und Ordnung setzen, auf der anderen Seite die kritischeren Sozial- und Geisteswissenschaftler, die auf Demonstrationen und Streiks beharren.

Hinzuweisen ist außerdem darauf, daß Anhänger rechter oder linker Positionen, kommunistischer oder nationalistischer Provenienz, Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung eher akzeptieren, und zwar die rechten, national-konservativen Studierenden noch deutlich mehr als die linken, kommunistisch-marxistischen Studierenden.

Um das Bild über die "Haltung zur Demokratie" bei den Studierenden zu vervollständigen, sind nicht nur ihre allgemeinen Einstellungen gegenüber demokratischen Prinzipien zu behandeln, sondern ebenso ist aufzunehmen, was sie von der demokratischen Wirklichkeit und den demokratischen Einrichtungen halten und wie sie die Leistung von Politik und Parteien beurteilen.

Die kritische und überwiegend ablehnende Haltung der Studierenden gegenüber der parlamentarischen Volksvertretung wie den etablierten Parteien, den Zielen und Leistungen der Politik, geht tief und hat sich verstärkt. Insbesondere hat die distanzierte Haltung zur demokratischen Wirklichkeit in den letzten Jahren, auch wieder bei der letzten Erhebung, zugenommen, bei den ostdeutschen Studierenden überproportional. Die steigende Unzufriedenheit mit dem Alltagsgeschäft der Politik, wie es sich darstellt, überträgt sich offenbar mehr und mehr auf die Beurteilung der demokratischen Einrichtungen und Institutionen. Zwar ist eine Beeinflussung der Haltungen zu den demokratischen Prinzipien noch nicht festzustellen, etwa im Sinne eines vermehrten Abrückens von ihnen, aber die Distanzierungen gegenüber den demokratischen Institutionen und Verfahren sind beachtenswert.

Auch im demokratischen Verständnis bestehen unterschiedliche Akzente nach Fächergruppen: Anhand der verschiedenen Konfigurationen an Stellungnahmen lassen sich drei "Typen studentischer Demokraten" erkennen, die in den einzelnen Fächergruppen unterschiedlich dominieren (wobei die tendenziellen Antidemokraten in allen Fächern eine sehr kleine Minderheit bilden).

- Die prinzipiell-vehementen Demokraten finden sich vor allem in den Sozialwissenschaften und im Sozialwesen sowie in den Geistes- und Sprachwissenschaften; für sie ist zumeist die Kluft zwischen demokratischen Prinzipien und demokratischer Wirklichkeit besonders groß; ihre Kritik an Parteien und Politik härter.
- Die moderaten-unauffälligen Demokraten sind am häufigsten in den Naturwissenschaften und in der Medizin vertreten; ihr politisches Interesse und Engagement ist zwar geringer, sie erscheinen aber zugleich wenig durch anti-demokratische Tendenzen verführbar;
- Die konventionell-formalen Demokraten sind häufig in der Rechtswissenschaften an Universitäten zuhause sowie in den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften an Fachhochschulen wie Universitäten; sie vertrauen überwiegend den vorhandenen Institutionen, äußern nur wenig Reformbedarf und setzen mehrheitlich auf Ruhe und Ordnung.

Bei diesen jeweiligen Typen bleiben spezifische Gefährdungen zu beachten: Beim konventionellen Typus kann formaler Legalismus zu blinder Anpassung führen, auch an unverträgliche Verhältnisse. Beim prinzipiellen Typus vermag Kritik und Idealismus dogmatisch zu erstarren und in sektiererischen Aktionen enden. Derartige Gefährdungen sind bei gewissen Teilen der Studierenden durchaus zu beobachten.

(5) Die "laute" wie die "stille" Revolution verliert ihre "studentischen" Kinder.

Die Veränderungen, die im Zeitraum des Studierendensurveys von 1983 bis 1998 registriert werden können, sind so umfänglich, daß sie insgesamt einen Wandel im politischen Bewußtsein und Potential der Studierenden darstellen. Wichtige Züge dieses Wandels seien kurz zusammengefaßt.

Da ist zuerst, bereits Anfang der 80er Jahre, der abrupte Verlust von Ideologiestücken und Zielen sozialistisch-kommunistischer Provenienz; weit vor dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" haben die westdeutschen Studierenden kommunistischen und sozialistischen Idealen und Zielen den Abschied gegeben.

Hinzu kam, ab Anfang der 90er Jahre, ein Abrücken von alternativen, sogenannten post-modernen Wertorientierungen, noch Anfang der 80er Jahre stark in Mode, wie Verzicht auf materiellen Wohlstand, Priorität ökologischer, umweltverträglicher Handlungsweisen, Abrücken von den traditionellen Leistungszwängen, Vorrang der Selbstverwirklichung und Mitarbeit in autonomen Arbeits- und Lebenskollektiven.

Neue Formen des Zusammenlebens und des Arbeitens, Zeichen von sozialer Innovationsfreudigkeit und Experimentierlust, werden kaum noch gesucht oder erprobt; ebenso ist die Begeisterung für soziale Bewegungen oder weitreichende Reformideen erloschen; die "Friedensbewegung" war die letzte dieser Art, die noch größere Teile der Studentenschaft erfaßt hat.

Gesellschaftspolitisch finden konventionelle und konservative Ziele vermehrt Unterstützung, wie Sicherung der Marktwirtschaft, Stärkung des Wettbewerbs, Förderung technologischer Entwicklungen, härtere Bekämpfung der Kriminalität;

Schließlich ist eine Abnahme weitreichender System- und Herrschaftskritik zu verzeichnen; ein Verzicht darauf, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend in Zweifel zu ziehen, gar die Machtfrage zu stellen (bei aller Unzufriedenheit mit der Politik, auch der Hochschulpolitik).

Der Anspruch einer eigenständigen politischen Aufgabe der Studentenschaft, einer "studentischen Politik" ist verloren gegangen. Themen der Hochschulpolitik und studentische Politik als Mandat gegenüber Hochschule und Gesellschaft finden nur bei wenigen Studierenden Interesse oder Unterstützung.

Die Studierenden verstehen sich in der überwiegenden Mehrheit weder als Akteure einer lauten Rebellion, die sich durch sozialistische Ziele noch locken ließen, noch einer stillen Revolution, die sich auf den Weg der inneren Erneuerung machen oder führen ließen. Plakativ bilanziert: Sowohl die "laute" Revolution wie die "stille" Revolution haben ihre studentischen Kinder weitgehend verloren. Mehr und mehr macht sich eine eigentümliche Gleichgültigkeit breit, ein Rückzug auf die Zuschauerrolle. Eine Mischung aus Ernüchterung und Resignation ist eingetreten.

II Wechsel dominanter Meinungsmuster und der Meinungsführerschaft

Im Zuge dieser Veränderungen haben in der (westdeutschen) Studentenschaft Verschiebungen hinsichtlich der Geltung von politischen und gesellschaftlichen Denk- und Handlungsmustern stattgefunden. Einiges habe ich bereits erwähnt; an zwei zentralen gesellschaftlichen Themen sei es noch einmal verdeutlicht: An den veränderten Sichtweisen und Wertungen zur sozialen Ungleichheit und am Wandel in den Haltungen zum Wettbewerb, zur Technik und Umwelt. Damit will ich auch aufzeigen, daß politische Stellungnahmen in gesellschaftliche Vorstellungen eingebunden sind, die nicht übersehen werden dürfen, will man längerfristige Entwicklungen angemessen erkennen und aufarbeiten.

Die westdeutschen Studierenden nehmen zwar häufiger wahr, daß die sozialen Unterschiede groß sind, d.h. ein größeres Ausmaß an sozialer Ungleichheit ist ihnen durchaus bewußt. Dennoch halten sie diese größere Ungleichheit keineswegs häufiger für ungerecht. Sie sind gegenüber sozialer Ungleichheit unsensibler geworden. Das hängt damit zusammen, daß ihnen Konkurrenz wichtiger, Solidarität nahezu ein Fremdwort geworden ist: sei es gegenüber Entwicklungsländern, Ausländern, BaföG-Empfängern. Auch die Forderungen nach der Gleichstellung von Frauen wird weniger unterstützt, vor allem durch die Männer. Zugleich hat der Fatalismus gegenüber den sozialen Verhältnissen (oder ihre Akzeptanz) zugenommen, denn mehr Studierende halten es nicht für möglich, soziale Ungleichheiten abzuschaffen.

Wettbewerb und Technik erfahren eine andere Bewertung: Für viele sind sie nunmehr die unverzichtbare Grundlage und der Motor des ökonomischen und damit gesellschaftlichen Fortschritts geworden. Noch 1983 vertrat eine Mehrheit die Ansicht, der gegenseitige Wettbewerb zerstöre die Solidarität unter den Menschen; dagegen meinte nicht einmal ein Drittel, ohne Wettbewerb würden sich die Menschen nicht anstrengen. Heute erfährt der Wettbewerb eine ganz andere Beurteilung, die Verteilung der Urteile ist nahezu vertauscht: die negative Funktion (Zerstörung der Solidarität) sieht weniger als ein Drittel der Studierenden, die positive Funktion des Anreizes zur Anstrengung bekräftigen jetzt weit mehr.

Später, aber im Meinungswechsel analog, ging es der Technik und der Förderung technischer Entwicklungen. Hier erfolgte der Meinungswechsel hauptsächlich zwischen 1993 und 1995 - und hat sich weiter fortgesetzt. Vor allem die Risiken und Gefährdungen durch Technik, ihr negatives Potential, werden weit seltener gesehen, ihre Chancen und ihr Nutzen werden mehr betont, und zwar in allen Fachrichtungen. Bei den Sozial- und Geisteswissenschaftlern gibt es seit 1995 erstmals eine Mehrheit für die Forderung nach verstärkter Förderung technologischer Entwicklungen. Dieses Ziel hat in den 90er Jahren, mit weiterem Zuwachs 1998, den stärksten Zustimmungsschub unter den Studierenden zu verzeichnen.

Die Unterstützung des Vorrangs des Umweltschutzes (z.B. vor wirtschaftlichem Wachstum) hat dagegen deutlich nachgelassen. Gleichzeitig ist das Engagement für die Lösung ökologischer Probleme zurückgegangen. Umwelt und Natur sind den Studierenden zwar noch immer wichtiger als Technik und Technologie, aber längst nicht mehr mit früherer Vehemenz.

Die Veränderungen im politischen Erscheinungsbild der Studierenden beziehen sich auch - und das ist gleichermaßen bedeutsam – auf eine Verschiebung der politischen Energie und eine andersartige Präsenz auf der politischen Bühne bzw. in der politischen Arena. In der westdeutschen Studentenschaft hat eine Verschiebung in der Meinungsführerschaft, in der öffentlichen Vertretung von Ansichten und Überzeugungen, stattgefunden. Zurückzuführen ist dies auf drei Prozesse, die ineinandergreifen.

Erstens: Der Absturz von linken, reformerischen und alternativen Idealen und Überzeugungen in der Studentenschaft im Laufe der letzten fünfzehn Jahre hat dazu geführt, daß deren Anhänger abgetreten sind und die Bühne freigegeben haben (möglicherweise für andere).

Zweitens: Die Verschiebung der politischen Energie und Ansprüche in Richtung zu den Juristen und Ökonomen läßt diese vermehrt die Bühne betreten und die Meinungsführerschaft übernehmen, während sich Kultur- und Sozialwissenschaftler zurückgezogen haben, nicht mehr den dominierenden Widerpart stellen oder die Gegenreden halten.

Drittens: Die Präsenz und Geltung nicht nur konventionell-konservativer, sondern auch häufiger national-konservativer und rechter Positionen bis hin zu manch problematischen Einstellungen gegenüber den demokratischen Prinzipien sind in den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften überproportional hoch. Sie haben daher die Chance, häufiger auf der Bühne vertreten zu sein und das Wort zu ergreifen.

National-Konservative und Rechte im engeren Sinne, mit ihren antidemokratischen Tendenzen, sind an den westdeutschen Universitäten sehr wenige geblieben. Wenngleich sich die überzeugte Anhängerschaft kaum vergrößert hat, ist der Kreis Studierender, der solche Ansichten toleriert, teilweise akzeptiert, gerade in den letzten Jahren größer geworden. Sie sind demnach gleichsam die Profiteure der Verschiebungen in der politischen Energie: Sie profitieren außerdem von der verbreiteten distanzierten Gleichgültigkeit eines Großteils des studentischen Publikums und erhalten dadurch ein größeres Gewicht. Dieses höhere Gewicht kann und wird als tatsächliche Einflußchance gesehen, zumal thematische Anknüpfungspunkte wie "Abwehr nationaler Überfremdung", "Ausschluß von Ausländern" , "weniger Geld für Entwicklungsländer" durchaus von nicht wenigen Studierenden geteilt werden. In den neuen Ländern finden sie schon seit längerem häufiger Zustimmung, aber auch in den alten Ländern werden sie neuerdings von zunehmend mehr Studierenden akzeptiert.

Die Verlagerung in der "Meinungsführerschaft" von den Sozial- und Geisteswissenschaftlern zu den Juristen und Betriebswirten ist von einiger gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, allein wenn man an ihre zukünftigen Wege, berufliche Positionen und gesellschaftliche Stellung denkt.

Die meisten national-konservativen, Anhänger wie Aufgeschlossene, finden sich in den Wirtschaftswissenschaften und in der Rechtswissenschaft, gefolgt von den Ingenieurwissenschaften. Das sind jene drei Fächer, aus denen sich in erster Linie der Nachwuchs für die gesellschaftlichen Herrschaftspositionen

bzw. die wirtschaftlichen Führungspositionen rekrutiert. Ein nicht unerheblicher Teil der späteren Inhaber der Spitzenpositionen in Staat und Wirtschaft hängt national-konservativen und rechts-orientierten Vorstellungen an oder toleriert sie. Ein gewisses Meinungskartell zukünftiger Vertreter von Staat, Wirtschaft und Technik zeichnet sich ab, in dem national-konservative Töne in nicht unerheblichem Maße bestimmend sind.

Es erscheint mir zudem bedenklich, wenn in jenem Fach, das die späteren Richter und Anwälte stellt, das Eintreten für demokratische Grundprinzipien schwächer ausgeprägt ist, zum Teil nur formal-konventionell bleibt oder gar labil ist. Man gewinnt den Eindruck, daß viele Jurastudenten sich weniger dem Recht und der Gerechtigkeit verpflichtet fühlen, als eher der Aufrechterhaltung von Ordnung im rechten Sinne und ihrer Karriere dabei. Die politischen Haltungen nicht weniger Studierender in diesem Fach mahnen zur Vorsicht, daß rechte Tendenzen in Justiz und Anwaltschaft sich halten oder sogar vermehren.

III Konfliktlinien und Protestpotential

Eine einheitliche politische Bindung oder ein gemeinsam geteiltes Meinungsbild ist in der deutschen Studentenschaft nicht zu erkennen, nach den bisherigen Ausführungen ist dies sicherlich deutlich geworden. Vielmehr herrschen in vielen Bereichen Differenzen vor bis hin zu politisch kontroversen Positionen und Lagern. Beachtenswert sind vor allem die Unterschiede nach Fächern und Fakultäten, die übrigens in Ost und West recht analog verlaufen. Aber auch auf die Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Studierenden will ich eingehen.

Die Akzeptanz oder Ablehnung verschiedener politischer Richtungen weist bemerkenswerte Unterschiede zwischen den west- und ostdeutschen Studierenden auf. Da in den neuen Ländern die traditionellen politischen Richtungen wie christlich-konservativ, liberal oder sozial-demokratisch weniger Unterstützung erfahren, ergibt sich eine stärker durch die Extreme besetzte politische Meinungslandschaft an den Hochschulen im Osten, und zwar auf der rechten wie auf der linken Seite. Es handelt sich zwar um "Minderheiten", ihre Größenordnung ist aber stabil oder steigend —und durchaus relevant als gegnerisches Konfliktpotential extremerer politischer Lager in den neuen Ländern. Zu beachten ist jedoch, daß die Einordnung als "kommunistisch-marxistisch" für Studierende in den neuen Ländern etwas deutlich anderes meint als für die westdeutschen Studierenden, zum Beispiel wenn deren politische Ziele verglichen werden.

Im übrigen hat die deutsche Vereinigung im politischen Bewußtsein der deutschen Studierenden keine nachhaltigen Spuren hinterlassen. Sie hat keine Welle "nationaler Begeisterung" ausgelöst, eher Überraschung und Unsicherheit, wie man damit umgehen soll (bei vielen Fragen dazu zeigt sich ein für Studierende überraschend hoher Anteil "Meinungsloser"). Die Zunahme national-konservativer Haltungen ist jedenfalls darauf nicht zurückzuführen, sie hat erst nach 1995 eingesetzt.

Trotz vermehrter Mobilität im Hochschulbesuch zwischen den alten und neuen Ländern bleiben Annäherungen der Ansichten selten und gering; bei manchen

Fragen steigt sogar die Differenz zwischen ost- und westdeutschen Studierenden wieder an. Wer vom Westen an eine Hochschule im Osten wechselt, oder umgekehrt, paßt sich in seinen politischen Vorstellungen nicht an; die Unterschiede zu den Kommilitonen bleiben.

Von den ostdeutschen Studierenden wird nicht allein die materielle Lage als Benachteiligung erfahren. Vielmehr sehen sie ebenso in der Gewähr von "Rechtsstaatlichkeit" manche Nachteile, und schließlich halten sie auch die demokratischen Chancen - vielleicht noch gravierender - für sich weniger gewährleistet. Dieses Defizit an Recht und Gerechtigkeit, an Chancen und Perspektiven ist ein gewichtiger Auslöser der stabilen, teilweise zunehmenden Anhängerschaft extremer Positionen und Richtungen.

Unterschiedliche politische Kulturen der Fachrichtungen und Disziplinen an den Hochschulen hat es schon immer gegeben. Jedoch stehen sich nicht die Geistes- und die Naturwissenschaften gegenüber, wie in der Folge des Essays von Snow über die "Zwei Kulturen" oft unterstellt wird. Die Kluft, bisweilen Gegenerschaft, ist vielmehr am größten zwischen den Sozialwissenschaften auf der einen und den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften auf der anderen Seite. Sie teilen zwar ein ausgeprägteres Interesse an Politik, aber in ganz anderen Stilen und mit ganz anderen Zielen. Insofern sind sie so etwas wie "feindliche Brüder" in der politischen Auseinandersetzung.

In der westdeutschen Studentenschaft hat in den 80er und 90er Jahren das Ausmaß der Gegensätzlichkeit und die Tiefe mancher Kluft zwischen den politischen Lagern nachgelassen. Zurückzuführen ist dies auf das Erlahmen linksalternativer Handlungspotentiale, vor allem unter den Sozialwissenschaftlern, auf das Abrücken von sozialistischen Zielen und den Rückgang alternativer und ökologischer Wertüberzeugungen. Insofern nimmt die westdeutsche Studentenschaft nunmehr insgesamt eine überwiegend realistisch-pragmatische, eher moderate und wenig alternative politische Grundhaltung ein.

Exkurs: Wann protestieren die Studierenden?

Seit dem studentischen Aufbegehren in der zweiten Hälfte der 60er Jahre wird immer wieder die Frage gestellt: Wann protestieren die Studierenden? Dazu ein Zitat: "Kein Land und keine Zeit ist von Studentenkrawallen verschont geblieben. Studenten sind junge, streitbare Leute, stets geneigt, für ihre Ideen auch mit Gewalt einzutreten. Ein Funke genügt, die immer glimmende Streitlust hell anzufachen" (BIZ; 24.7.1932). Diese Sätze standen 1932 in der Berliner Illustrierten Zeitung - und wie es sich für eine Illustrierte gehört, waren sie mit Bildern aus Prag, Madrid, Wien, Harvard, Athen belegt: In Prag protestierten Studenten gegen die Zulassung von Ausländern zum Medizinstudium; in Paris werfen Studenten einem Abgeordneten die Fenster ein, weil er eine unliebsame Änderung der Hochschulgesetze beantragt hat; in Athen demonstrieren Studenten mit Latten und Knüppeln für den Anschluß der Insel Zypern; in Harvard gehen die Studierenden wegen der wirtschaftlichen Notlage auf die Straße; in Wien sperren studentische Braunhemden in martialischer Haltung die Eingänge der Universität ab.

Studierende haben offensichtlich eine grundsätzliche oder latente Neigung zum Protestieren und Demonstrieren; in den Formen sind sie oftmals nicht zimperlich. Die Bereitschaft dazu hatte sich zwar - analog zum politischen Interesse - abgeschwächt, aber: aufgrund unserer Befunde konnte man nicht davon ausgehen, daß die Studierenden ihre Kritik und ihre Protestbereitschaft endgültig an den Nagel gehängt hatten. Ihre grundsätzliche Protestbereitschaft, auch in aggressiveren Formen, war durchaus vorhanden geblieben, bei geringem Abebben. Sie war zudem verbunden mit verbreiteter Unzufriedenheit an den politischen Mitwirkungs- und Einflußmöglichkeiten, in West wie Ost, sowie mit starker Kritik an Parteien und Politik. All dies ist eine Voraussetzung und kann dazu beitragen, daß die Studierenden Anlässe finden, ihre latente Protestbereitschaft wieder zu aktivieren.

Noch vor der Demonstrationswelle und den Streiks im letzten Winter diagnostizierten wir im Oktober 1996 in einem Fachgespräch in Bonn, das wir nach jeder Erhebungsphase durchführen und auch dokumentieren: "Allerdings kann es für die Studierenden sehr heikel werden, wenn ihnen über Studiengebühren Geld abverlangt werden soll oder durch Sparmaßnahmen sich die Ausbildungsbedingungen in ihrer Sicht verschlechtern könnten". Zum Charakter des Protestes erläuterten wir: Rahmen und Ziel des möglichen Protestes bleiben auf die Studienbedingungen, die studentischen Lebensverhältnisse und die zukünftige Chancenperspektive begrenzt. Es handelt sich um "punktuelle Aktionen" ohne breitere ideelle oder ideologische Einbettung. Die Proteste beziehen sich eher auf materielle Probleme, die in ihrer Bedeutsamkeit unter den Studierenden zugenommen haben: Studienfinanzierung, Erwerbschancen, Studienbedingungen. Sie haben eher den Charakter einer eigenen Interessenwahrnehmung ohne darüber hinausgehende Konzepte und Umgestaltungsabsichten.

Um auch hier Mißverständnissen vorzubeugen, sei darauf verwiesen, daß punktuelle, materiell orientierte Interessenproteste ebenfalls in harter Gangart vorgebracht werden und eskalieren können. Gerade unter den westdeutschen Studierenden ist die Akzeptanz unkonventioneller, zum Teil nötiger Aktionsformen bei Auseinandersetzungen weiterhin recht verbreitet. Die ostdeutschen Studierenden haben häufig Vorbehalte, Demonstrationen und Kundgebungen, Flugblätter und Wandzeitungen, erst recht Veranstaltungsboykotte oder Institutsbesetzungen als Mittel des Protestes grundsätzlich anzuerkennen.

Gegenwärtig sind die Studierenden – bei allen Protestpotential und Demonstrationen – insofern keine "Ferment politischer Unruhe" (von Friedeburg), da sie die Hochschulen und Gesellschaft wenig grundsätzlich fordern, die "Machtfrage" schon gar nicht vertreten oder stellen. Bei ihren Forderungen, in unseren Umfragen wie auf ihren Flugblättern und Plakaten, denken sie dabei häufiger an sich und die Verbesserung ihrer Lage, als an andere und die Verbesserung der Welt.

IV Folgerungen und Überlegungen

Wir haben meines Erachtens einige Entwicklungen zu beachten, weil sie für die politische Demokratie und das gesellschaftliche Zusammenleben problematisch sind, jenseits aller unterschiedlichen politischen Positionen und Ziele:

(1) Da ist zuerst die zunehmende Gleichgültigkeit, die ein Gutteil Verantwortungslosigkeit enthält. Der Verzicht auf Partizipation und Engagement beinhaltet einen vielfach ressentimentgeladenen Rückzug, selbst bei vielen Studierenden, die sich durchaus Gedanken um Zukunft und Gesellschaft machen.

(2) Ein egoistischer Individualismus mit manchen Zügen des sozialen Autismus und der Inhumanität tritt in den Vordergrund, insbesondere bei jenen, die an die Schalthebel der Macht streben.

(3) Die Kluft zwischen politischen Positionen und Fraktionen, oft den Fachgrenzen folgend, kann sich durchaus zu politisch feindlichen Lagern kristallisieren, begleitet von entsprechenden Auseinandersetzungen. Solche wieder zunehmende Distanz und Entfremdung ist auch zwischen Studierenden aus den alten und neuen Ländern zu beobachten.

(4) Die Einflußversuche von national-konservativen und rechts-reaktionären Studierenden - in Verbindungen immer noch weit häufiger zuhause -bleiben zu beachten, zumal ihnen die politischen Entwicklungen entgegenkommen. Im Fahrwasser des veränderten politischen Klimas (dessen Koordinaten sich allgemein nach rechts verschoben haben) und des gewissen politischen Vakuums sehen sie ihre Chancen und versuchen sie zu nutzen.

(5) Die Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt, in den 80er Jahren noch weitgehend auf Absolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften begrenzt, haben nun auch jene Fächergruppen erreicht, die damit größere Probleme haben wie Ingenieure, Oekonomen und Juristen. Die Studierenden betrachten ihre berufliche Zukunft noch mehr als früher mit Skepsis und Befürchtungen, erwarten Arbeitslosigkeit und Dequalifikation nach dem Studium in bisher unbekanntem Ausmaß. In dieser Entwicklung ist eine erhebliche Portion hochschul- und gesellschaftspolitischer Brisanz enthalten. Diese Brisanz meint nicht allein spektakuläre Aktionen und Reaktionen, sondern auch schleichende, latente Prozesse – oftmals weit bedrohlicher. Jedenfalls ist das Auftreten des "Weimarer Syndroms", d.h. schlechte Arbeitsmarktlage und -perspektiven schwächen die demokratischen Kräfte und stärken die Akzeptanz undemokratischer wie inhumaner Problemlösungen, weniger auszuschließen als noch in den 80er Jahren.

Angesichts der Entwicklungen und des Wandels in den politischen Ansichten und Absichten der Studierenden, stellen sich Fragen nach den Gründen und Ursachen. Ohne darauf ausführlich einzugehen, seien doch einige Hinweise thesenartig angebracht. Sie sind auch bedeutsam für die Frage: Was können oder sollen wir tun und was kann politische Bildungsarbeit leisten?

Erstens sei auf die weitreichenden Veränderungen in der studentischen Rolle und Situation hingewiesen, gekennzeichnet durch Desintegration aus Studium und Hochschule, zunehmender Erwerbstätigkeit, auch im Semester, sowie einem häufigeren Selbstverständnis als Teilzeitstudierende. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang die oftmals große Distanz zwischen Studierenden und Lehrenden, die wenig zur Kommunikation mit den Studierenden und dadurch zu ihrer Integration ins Studium beitragen.

Zweigtens ist die Verlässlichkeit, daß sich Anstrengungen im Studium und das Bemühen um zusätzliche Qualifikationen lohnen, bei den Studierenden weithin untergraben. Für viele von ihnen ist besonders belastend, daß durch eigene Leistungen, Entscheidungen und Strategien die berufliche Zukunft immer weniger steuerbar erscheint. Eine Übermächtigkeit des "Zufälligen" und "Schicksalhaften" - gerade im Hinblick auf Beruf und Zukunft - macht sich breit.

Schließlich ist mancher Strukturwandel des Politischen selbst zu berücksichtigen: Hinweisen will ich zum einen auf die Folgen der Vermittlung in den Medien, mit den damit verknüpften Formen der Virtualität und Inszenierung. Außerdem scheint mir beachtenswert, daß tragfähige und integrierende Konzepte als "Ideologie" selbst zerfallen sind, sich offenbar für die politischen Akteure wie für das politische Publikum eine weitgehende "Unübersichtlichkeit" eingestellt hat.

Die Befunde, die ich Ihnen vorgestellt habe, geben Anlaß zu manchen Überlegungen, was daraus praktisch zu folgern wäre, an den Hochschulen, in der Politik und in der politischen Bildungsarbeit. Ohne Rezepte und Empfehlungen auszubreiten, will ich zwei Themenkreise in Frageform hervorheben, die mir für die Diskussion wichtig erscheinen:

Wie können bedenkliche Signale extremer Haltungen und undemokratischer Tendenzen, auch in der Studentenschaft, aufgegriffen werden? Und wie kann ihnen durch politische Bildungsarbeit an den Hochschulen und Schulen entgegengewirkt werden?

Wie kann das hochschulpolitische Interesse und Engagement der Studierenden wieder befördert, die allzu große studentische Gleichgültigkeit und damit Verantwortungslosigkeit überwunden werden? Was ist zu tun, damit die Studierenden in ihrem unmittelbarem Lebensfeld verstärkt demokratische Partizipation und den Gebrauch öffentlicher Tugenden wieder anwenden können und nicht verlernen?